

Ölpreise steigen deutlich, Höherer Spitzensteuersatz und höheres Rentenalter?, Mehr Cyberangriffe

Ölpreise steigen deutlich

Zu Wochenbeginn haben sich die Ölpreise in der Nähe mehrmonatiger Höchststände gehalten. Am Montagmorgen (04.09.2023) kostete ein Barrel (159 Liter) der Nordseesorte Brent zur Lieferung im November 88,59 US-Dollar. Das waren vier Cent mehr als am Freitag (01.09.2023). Der Preis für ein Barrel der amerikanischen Sorte West Texas Intermediate (WTI) zur Oktober-Lieferung stieg ebenfalls geringfügig auf 85,61 US-Dollar. Die Erdölpreise werden derzeit von der Aussicht auf ein anhaltend knappes Angebot getrieben. In der vergangenen Woche hatte Russland angekündigt, zusammen mit anderen Ländern des großen Ölverbundes Opec+ neue Angebotsbeschränkungen zu beschließen. Details sollen in dieser Woche bekannt gegeben werden. Die USA und China sind die beiden größten Ölverbrauchsländer der Welt. ([Manager Magazin](#))

Höherer Spitzensteuersatz und höheres Rentenalter?

CDU-Chef Friedrich Merz hat sich offen für Vorschläge aus seiner Partei gezeigt, den Spitzensteuersatz zu erhöhen und einen gleitenden Anstieg des Rentenalters festzuschreiben. Hintergrund ist eine Diskussion in der Union, ob die CDU unter bestimmten Bedingungen von ihrer früheren Ablehnung von Steuererhöhungen für Spitzenverdiener abrücken sollte. Unionsfraktionsvize Jens Spahn (CDU) hatte sich bereits im Frühjahr 2023 dafür ausgesprochen, den Spitzensteuersatz von 42 Prozent anzuheben: Mit Blick auf die auch von Merz erwähnte Mittelschicht solle jener Satz aber erst ab einem höheren

Einkommen greifen, so die Idee. Mehr dazu [hier](#). ([Spiegel Online](#))

Mehr Cyberangriffe

Der deutschen Wirtschaft entstehen durch Diebstahl von IT-Ausrüstung und Daten, durch digitale und analoge Industriespionage und Sabotage mehr als 200 Milliarden Euro Schaden. Das gab der Digitalverband Bitkom am Freitag (01.09.2023) bekannt. Im vergangenen Jahr 2022 bezifferte Bitkom den Schaden auf 203 Milliarden Euro. Laut der aktuellen Studie der Bitkom haben die Angriffe, die der organisierten Kriminalität zuzurechnen sind, deutlich zugenommen. In diesem Jahr (2023) soll das bei 61 Prozent der betroffenen Unternehmen der Fall gewesen sein. Im Bundesinnenministerium wird aktuell an einer Grundgesetzänderung gearbeitet, mit der Cyberangriffe aktiv abgewehrt sollen. Entsprechende Befugnisse soll das Bundeskriminalamt bekommen. Mehr dazu [hier](#). ([Der Tagesspiegel](#))